



Der Stadtrat an den Gemeinderat

21. Dezember 2022

GR Nr. 2022/338

Motion von Julia Hofstetter und Barbara Wiesmann betreffend Realisierung von CO₂-Reduktionen durch eine internationale Klimafinanzierung im Umfang von 10 Prozent des jährlichen CO₂-Ausstosses der Stadt Zürich, Ablehnung, Entgegennahme als Postulat

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 13. Juli 2022 reichten die Mitglieder des Gemeinderats Julia Hofstetter (Grüne) und Barbara Wiesmann (SP) folgende Motion, GR Nr. 2022/338, ein:

Der Stadtrat wird beauftragt, eine kreditschaffende Weisung vorzulegen, die sicherstellt, dass die Stadt Zürich durch eine internationale Klimafinanzierung CO₂-Reduktionen realisiert, welche 10 Prozent des jährlichen CO₂-Ausstosses der Stadt Zürich entsprechen (direkter und indirekter Ausstoss). Das geforderte Klimaschutzprojekt soll in einem Land umgesetzt werden, dem weniger finanzielle Möglichkeiten zum Klimaschutz zur Verfügung stehen und das besonders unter der Klimakrise leidet. Das Klimaschutzprojekt soll neben der messbaren Reduktion von CO₂ gleichzeitig zu einer Verbesserung der sozialen Belange der lokalen Bevölkerung und gut für die Umwelt insbesondere der Biodiversität sein. Das geforderte Klimaschutzprojekt soll zu den Zielen nachhaltiger Entwicklung (SDGs) der UN beitragen. Die durch dieses Klimaschutzprojekt reduzierten CO₂-Emissionen dürfen den Netto-Null-Zielen der Stadt Zürich nicht angerechnet werden. Diese internationale Klimafinanzierung ist ausserdem kein Ersatz bestehender Projekte der Entwicklungszusammenarbeit. Sie ergänzt diese und ist zusätzlich.

Begründung:

Der grösste Teil des Zürcher Klima-Fussabdrucks entsteht durch «graue Emissionen» im Ausland. In einer Welt, die von struktureller Ungleichheit zwischen Hauptverursacherinnen und Hauptbetroffenen des globalen Klimawandels geprägt ist, ist Klimaschutz eine Frage der Gerechtigkeit. Die Netto-Null-Politik der Stadt Zürich muss sich deshalb diesen globalen und gesellschaftlichen Ungleichheiten stellen. 75 Prozent der verursachten Treibhausgas-emissionen entstehen bei der Produktion von Gütern ausserhalb der Stadt Zürich, die durch die Stadtzürcher Bevölkerung konsumiert werden (indirekte Emissionen). Ein grosser Teil unserer Produkte wird in weniger privilegierten Ländern erstellt. Wir profitieren damit von diesen billigen Produkten, viele Produktionsländer können sich den Klimaschutz nicht leisten. Zürich soll nach dem Verursacherprinzip seiner Verantwortung nachkommen und eine finanzschwache, klimaexponierte Region mit einer internationalen Klimafinanzierung unterstützen.

Nach Art. 126 lit. a Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR, AS 171.100) sind Motionen Anträge, die den Stadtrat verpflichten, einen Entwurf für den Erlass, die Änderung oder die Aufhebung eines Beschlusses vorzulegen, der in die Zuständigkeit der Gemeinde oder des Gemeinderats fällt. Lehnt der Stadtrat die Entgegennahme einer Motion ab oder beantragt er die Umwandlung in ein Postulat, hat er das innert sechs Monaten nach Einreichung schriftlich zu begründen (Art. 127 Abs. 2 GeschO GR).

Der Stadtrat lehnt aus nachfolgenden Gründen die Entgegennahme der Motion ab und beantragt die Umwandlung in ein Postulat:



2/2

Als Antwort auf eine Motion aus dem Gemeinderat (GR Nr. 2019/106) hat die Stadt ihre Klimaschutz-Zielsetzung überarbeitet und das neue Klimaziel Netto-Null 2040 festgelegt (STRB Nr. 381/2021). Das hat der Gemeinderat am 15. Dezember 2021 mit grosser Mehrheit verabschiedet (GR Nr. 2021/177). Die Zürcher Stimmbevölkerung hat dem Ziel am 15. Mai 2022 ebenfalls mit einer klaren Mehrheit von 75 Prozent zugestimmt.

Der Stadtrat hatte zuvor die Möglichkeit untersucht, Klimaschutzzertifikate einzusetzen, um das Netto-Null-Ziel schneller zu erreichen. Er hatte entschieden, dass er die Reduktion der direkten Emissionen auf Netto-Null mit Massnahmen im direkten Verantwortungs- und Handlungsbereich der Stadt realisieren will. Das bedeutet, dass er dazu keine Klimaschutzzertifikate einsetzen will.

Zusammen mit dem Netto-Null-Ziel für die direkten Treibhausgasemissionen hat der Stadtrat erstmals auch ein Reduktionsziel für die indirekten Treibhausgasemissionen festgelegt. Bis ins Jahr 2040 sollen gegenüber 1990 30 Prozent weniger Treibhausgase pro Person und Jahr ausgestossen werden. In diesem Rahmen will der Stadtrat unter anderem prüfen, ob mittels nachhaltigen Klimaschutzprojekten die Treibhausgasemissionen in den Produktionsregionen reduziert werden sollen.

In diesem Sinne geht der Stadtrat mit den Motionseinreichenden einig, dass für die Reduktion der Treibhausgasemissionen auch Klimaschutzprojekte in Entwicklungsregionen in Betracht zu ziehen sind. Es soll ein ganzheitlicher Ansatz unter Einbezug anderer Umweltauswirkungen wie der Biodiversität und der sozialen Dimension angestrebt werden, und die Projekte sollen in Regionen umgesetzt werden, die besonders unter der Klimakrise leiden. Inwiefern die durch solche Klimaschutzprojekte eingesparten CO₂-Emissionen den Netto-Null-Zielen der Stadt angerechnet werden dürfen, ist jedoch noch zu prüfen.

Der Stadtrat möchte sich nicht vorab auf eine fixe Menge von zehn Prozent der gesamten Treibhausgas-Emissionen beschränken, sondern auch weitere Varianten bezüglich der Höhe der im Ausland zu investierenden Beträge prüfen. In diese Prüfung soll auch der Aufwand auf Seiten Verwaltung im Verhältnis zum erwarteten Nutzen einbezogen werden.

Aus diesen Gründen erscheint es zweckmässig, nicht ein spezifisches Modell zu wählen, sondern verschiedene Varianten gegeneinander abzuwägen. Der Stadtrat lehnt daher die Motion ab, ist aber bereit, das Anliegen in Form eines Postulats entgegenzunehmen.

Im Namen des Stadtrats

Die Stadtpräsidentin
Corine Mauch

Die Stadtschreiberin
Dr. Claudia Cuche-Curti